

Gemeinde Seewald | Wildbader Str. 1 | 72297 Seewald

Landratsamt Freudenstadt
Amt für Bau, Umwelt und Wasserwirtschaft
Frau Kathrin Pfau
Herrenfelder Straße 14
72250 Freudenstadt

20.03.2026

Amt, Dienstgebäude
Bürgermeister
Wildbader Straße 1

Bearbeitet von
Dominic Damrath
✉ dominic.damrath@seewald.eu
☎ 07447 9460-0
☎ 07447 9460-15

USt.-ID der Gemeinde:
DE 144 250 350

Unser Aktenzeichen:
710.49- Da

**Versagung des gemeindlichen Einvernehmens zum
Genehmigungsverfahren nach § 10 Abs. 5 BImSchG für das Vorhaben ATE
Windpark Seewald II
Ihr Zeichen 30.14/106.11/I2026001**

Sehr geehrte Frau Pfau,

in vorbezeichneter Angelegenheit teilen wir Ihnen folgende Entscheidung des Gemeinderats aus der Sitzung vom 19.03.2026 mit:

Das gemeindliche Einvernehmen gemäß § 36 BauGB zum Genehmigungsverfahren nach § 10 Abs. 5 BImSchG für das Vorhaben ATE Windpark Seewald II (Ihr Zeichen: 30.14/106.11/I2026001) wird versagt.

Begründung:

Das Vorhaben ist nicht genehmigungsfähig. Anders als in den Antragsunterlagen dargestellt, ist das Vorhaben planungsrechtlich nicht zulässig. Die durch den Teilregionalplan Windenergie der Region Nordschwarzwald ins Auge gefasste Zielfestlegung ein Vorranggebiet für die Windenergienutzung auszuweisen, würde durch das Vorhaben nach § 35 Abs. 2 BauGB beeinträchtigt.

Die Antragstellerin schreibt in B.1.1 Erläuterungsbericht unter Zf. 3 „Planungsrechtliche Situation“, dass die Anlagen nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB i. V. m. § 249 BauGB als privilegierte Vorhaben zu behandeln seien (S. 7).

Die von der Antragstellerin zitierte und zur Begründung herangezogene Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg kann nicht überzeugen. Auch schon vor in Kraft treten des Teilregionalplans Windenergie der Region Nordschwarzwald, ist das Vorhaben als nicht-privilegiertes Vorhaben nach § 35 Abs. 2 BauGB zu behandeln. Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg geht in seiner Entscheidung vom 02.04.2025 davon aus, dass die in der Rechtsprechung entwickelten Grundsätze zur Planvorwirkung von hinreichend konkretisierter und verfestigter Planung sich nicht auf die Entprivilegierung durch § 249 Abs. 2 BauGB beziehen.

Gemeinde Seewald
Wildbader Straße 1
72297 Seewald

Telefon: 07447/9460-0
Fax: 07447/9460-15
E-Mail: gemeinde@seewald.eu

Volksbank Nordschwarzwald eG
IBAN: DE61 6429 1010 0073 4400 00
BIC: GENO DES1 FDS

Kreissparkasse Freudenstadt
IBAN: DE60 6425 1060 0000 0500 05
BIC: SOLA DES1 FDS

 www.seewald.eu

 [gemeinde_seewald](https://www.instagram.com/gemeinde_seewald)

 Gemeinde Seewald

Wie auch das OVG Berlin-Brandenburg in der zitierten Entscheidung richtig ausführt, ist eine hinreichend konkretisierte und verfestigte Planung im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 4 ROG ein öffentlicher Belang nach § 35 Abs. 3 S. 1 BauGB. Diese Planung entfaltet eine rechtserhebliche Planvorwirkung.

BVerwG, Urteil vom 01.07.2010 – 4 C 4/08 – juris Rn. 10.

Das OVG Berlin-Brandenburg bezweifelt die Anwendbarkeit dieser Vorwirkung, weil die Regionalplanung zur Windenergie allein eine positive Ausschlusswirkung innerhalb des Plangebiets herbeiführe. Eine negative Ausschlusswirkung außerhalb des Plangebiets komme ihr nicht zu. Stattdessen seien Vorhaben außerhalb des Plangebiets nach § 249 Abs. 2 BauGB nach § 35 Abs. 2 BauGB zu beurteilen. Da dies allein eine gesetzliche Folge sei, handele es sich nicht um rechtserhebliche konkretisierte Planungen.

OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 02.04.2025 – 7 S 3/24 – juris Rn. 19ff.

Diese Rechtsauffassung kann nicht überzeugen. Stattdessen ist die Planung nicht allein auf die positive Ausschlusswirkung im Plangebiet gerichtet, sondern auf die Herbeiführung der sonstigen Wirkungen des § 249 BauGB. Der Plangeber möchte gerade die Steuerungswirkung des § 249 BauGB durch seine Vorranggebietsplanung nutzen. Dass die Vorranggebietsplanung nicht zu einer echten Negativplanung führt, sondern die Vorhaben außerhalb des Plangebiets lediglich entprivilegiert, kann nicht entscheidend sein. Stattdessen ist die Entprivilegierung teil der Planvorwirkung.

Die Grundsätze zur hinreichend konkretisierten und verfestigten Planung sind auch bei der Abwägungsentscheidung zur Abwägungsentscheidung heranzuziehen, wenn das überragende öffentliche Interesse nach § 2 EEG an der Errichtung von Windenergieanlagen mit dem Entgegenstehen andere öffentlicher Belange geprüft wird. Nach § 1 Abs. 2 S. 2 WindBG wird dem überragenden öffentlichen Interesse am Ausbau der Windenergie bereits dadurch Rechnung getragen, dass das Land seine Flächenbeitragswerte nach der Anlage zu § 3 Abs. 1 WindBG voraussichtlich erfüllen wird. Die Planungen der Regionalverbände des Landes befinden sich gerade in der Aufstellung. Dies muss bei der Gewichtung des öffentlichen Interesses bereits miteinbezogen werden, da es gerade der Sinn von § 1 Abs. 2 S. 2 WindBG ist, der starken Gewichtung der Windenergie nach § 2 EEG ein ausgleichendes Korrektiv entgegenzusetzen.

§ 1 Abs. 2 S. 2 WindBG nicht zu berücksichtigen, würde die Intention des Bundesgesetzgebers konterkarieren, einen Ausgleich zwischen dem substanziellen Ausbau der Windenergie und einer planenden Steuerung derselben zu erreichen.

Vgl. dazu Baars, NVwZ 2025, 1483 (1485).

In der Gesetzesbegründung heißt es dazu:

Die Ergänzung in Absatz 2 Satz 2 stellt klar, dass das WindBG das überragende öffentliche Interesse im Sinne des § 2 EEG im Hinblick auf die erforderlichen Flächen für Windenergie an Land für die nahezu treibhausgasneutrale Stromerzeugung im Bundesgebiet ausgestaltet. Werden die Flächenziele des WindBG in einem bestimmten Gebiet erreicht, ist dem überragenden öffentlichen Interesse aus § 2 EEG mit Blick auf die planungsrechtliche Zulässigkeit nach § 35 Absatz 2 BauGB insoweit Rechnung getragen, als dass die Entprivilegierung den gewünschten Steuerungseffekt erzielt.

BT-Drs. 21/568, S. 37.

Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass der Regionalverband Nordschwarzwald am 11.03.2026 den Teilregionalplan Windenergie beschlossen hat. Damit ist die Planung nicht nur hinreichend konkretisiert, sondern hat auch ein Maß an Verfestigung erreicht, das über einen bloßen Planungsstand deutlich hinausgeht.

Insbesondere liegt nicht lediglich ein verwaltungsinterner Bearbeitungsstand oder ein informeller Zwischenstand der Planung vor. Vielmehr wurde durch den Beschluss des zuständigen, demokratisch legitimierten Gremiums des Regionalverbands eine politische Willensbildung abgeschlossen und verbindlich zum Ausdruck gebracht.

Mit diesem Gremienbeschluss ist die planerische Zielsetzung nicht mehr als bloße Absicht oder Entwurfsüberlegung zu qualifizieren, sondern als Ergebnis eines förmlichen Entscheidungsprozesses eines demokratisch gewählten Organs. Dies verleiht der Planung ein erhebliches zusätzliches Gewicht und unterstreicht ihre Verbindlichkeit im Rahmen der zu berücksichtigenden öffentlichen Belange.

Die Planung hat damit den Zustand einer lediglich vorbereitenden oder noch offenen Abwägung verlassen und ist als verfestigte planerische Konzeption anzusehen.

Aus den Ausführungen ergibt sich, dass das Vorhaben nach § 35 Abs. 2 BauGB zu beurteilen ist und dem Vorhaben nach § 35 Abs. 2 BauGB die hinreichend konkretisierte und verfestigte Planung des Regionalverbands Nordschwarzwald entgegensteht. Das Vorhaben ist daher unzulässig.

Aus diesen Gründen ist das gemeindliche Einvernehmen zu versagen.

Mit freundlichen Grüßen



Dominic Damrath

